

## Stichworte zur Geschichte Bergarbeiterbewegung 1865 - 1997

<b>25. Juni 1865</b>	Mit dem Allgemeinen (preußischen) Berggesetz wird das Direktionsprinzip abgeschafft und endgültig die freie Marktwirtschaft im Bergbau eingeführt; aus den ehemals privilegierten Bergleuten sind "freie" Lohnarbeiter geworden.
<b>29. Juni 1867</b>	Massenpetition von 3.350 Essener Bergleuten an den preußischen König wegen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse seit der Bergrechtsreform; der preußische Handelsminister weist die Beschwerde zurück, da staatliche Behörden nicht mehr zuständig seien.
<b>12. Oktober 1868</b>	Gründung der (lassalleanischen) Allgemeinen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter im mittleren Ruhrgebiet; 1. Vorsitzender Carl-Wilhelm Tölcke.
<b>21. Juni 1869</b>	In der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, der späteren Reichsgewerbeordnung, wird das Koalitionsverbot für gewerbliche Arbeiter aufgehoben.
<b>3. Oktober 1869</b>	Gründung des liberalen Gewerkvereins der deutschen Bergarbeiter (Hirsch-Duncker) in Waldenburg, Niederschlesien.
<b>18. Januar 1871</b>	Proklamierung des Deutschen Kaiserreichs in Versailles bei Paris.
<b>16. Juni bis 28. Juli 1872</b>	Erster großer Bergarbeiterstreik im Essener Revier; auf dem Höhepunkt kämpfen 20.000 Bergarbeiter für Lohnerhöhungen und Schichtzeitverkürzung; Bergbauunternehmer lehnen jegliche Verhandlungen ab.
<b>13. Oktober 1872</b>	Bergarbeiterversammlung in Essen beschließt Statut des Rheinisch-Westfälischen Grubenarbeiterverbandes; keine Genehmigung durch staatliche Behörden.
<b>13./14. Mai 1876</b>	Gründung des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter in Zwickau.
<b>Nov. / Dez. 1878</b>	Gründung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Bergleute (Rosenkranzverband) scheitert am Gegensatz von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten.
<b>1878 - 1890</b>	Sozialistengesetz: Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Betätigung.
<b>1883 - 1886</b>	Herausbildung des Rechtsschutzvereins für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirkes Dortmund unter christlich-sozialer Führung; herausragende Persönlichkeit ist der in Bochum wirkende katholische Journalist und Zentrumspolitiker Johannes Fusangel (der "rote" Johannes).

<b>1. Mai 1889</b>	Spontaner Ausbruch des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet; größter Streik in der Hochindustrialisierung; Streikbeteiligung auf dem Höhepunkt über 80 Prozent; Streik auch im Wurmrevier (Aachen), Saarrevier, in Sachsen und Schlesien.
<b>14. Mai 1889</b>	Die Bergarbeiterführer Ludwig Schröder, Friedrich Bunte und August Siegel werden in Berlin vom Kaiser zur Audienz empfangen; Wilhelm II. drängt auf Interessenausgleich; Vereinbarung zwischen Bergbau-Verein und Bergarbeiterdelegierten ("Berliner Protokoll").
<b>21. Mai 1889</b>	Wiederaufnahme des Streiks nach Wortbruch der Bergbauunternehmen.
<b>Anfang Juni 1889</b>	Abbruch des Streiks ohne Ergebnis.
<b>28. Juli 1889</b>	Konstituierende Versammlung des Rechtsschutzvereins für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Bonn; Vereinssitz: Bildstock (Saar), 1. Vorsitzender Nikolaus Warken.
<b>18. August 1889</b>	200 Delegierte von 66 Zechen und 44 Knappenvereinen gründen in Dorstfeld den "Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen" (Alter Verband); 1. Vorsitzender Fritz Bunte; Christlich-Soziale (Zentrum) und SPD begrüßen Gründung als Einheitsgewerkschaft.
<b>8. März 1890</b>	Generalversammlung des Alten Verbandes in Bochum beschließt Forderung nach Sozialisierung des Bergbaus.
<b>4. Mai 1890</b>	Spaltung der organisierten Bergarbeiterbewegung; Christlich-Soziale gründen "Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverein 'Glückauf' zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund".
<b>15.-19. Sept. 1890</b>	Konstituierung des reichsweiten "Verbandes der Deutschen Bergleute" (Alter Verband) auf dem ersten Deutschen Bergarbeitertag in Halle.
<b>16./17. Nov. 1890</b>	Die Vorstandskonferenz der (freien) Gewerkschaften Deutschlands beschließt die Gründung der General-kommission der Gewerkschaften Deutschlands; Beginn der Herausbildung des gewerkschaftlichen Dachverbandes.
<b>1. Juni 1891</b>	In der Gewerbeordnungsnovelle wird die Einrichtung von Arbeitersausschüssen in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern empfohlen.
<b>24. Juni 1892</b>	Mit der Novelle zum Allgemeinen (preußischen) Berggesetz von 1865 werden Arbeitersausschüsse im Bergbau fakultativ eingeführt; daraufhin entstehen Arbeitersausschüsse nur im preußischen Staatsbergbau.

<b>Juni 1893</b>	Nach dem Scheitern des Saar-Streiks vom Januar 1893 kommt es zur faktischen Selbstauflösung des Rechtsschutzvereins an der Saar.
<b>28. Oktober 1894</b>	Gründung des interkonfessionellen "Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund"; Nachfolgeorganisation des Vereins "Glückauf" von 1890; zweite große, vornehmlich katholische Bergarbeitergewerkschaft; 1. Vorsitzender August Brust.
<b>Februar 1895</b>	Mehrere Führer des Alten Verbandes, darunter der Vorsitzende Ludwig Schröder, werden wegen angeblichem Meineides unschuldig zu Zuchthausstrafen verurteilt; erst 1911 werden sie im Wiederaufnahmeverfahren vollständig rehabilitiert.
<b>Mai 1895</b>	Otto Hue übernimmt die Redaktion der Bergarbeiter-Zeitung des Alten Verbandes.
<b>21.-23. Mai 1899</b>	Erster Kongress der christlichen Gewerkschaften und Beginn der Herausbildung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
<b>9. November 1902</b>	Gründung der Polnischen Berufsvereinigung (ZZP) in Bochum; dritte große Bergarbeitergewerkschaft vornehmlich im Ruhrgebiet.
<b>Jan./Febr. 1905</b>	Anfänglich "wilder" Streik der Ruhrbergarbeiter; dann Proklamation des Streiks durch <u>alle</u> vier Bergarbeitergewerkschaften; Streikbeteiligung auf dem Höhepunkt 78 Prozent; Unnachgiebigkeit der Bergbauunternehmer; staatliche Zugeständnisse durch Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905 (Verbot des Wagennullens, Einrichtung von Arbeiterausschüssen).
<b>14. Juli 1905</b>	Die vom preußischen Landtag verabschiedete Berggesetznovelle sieht die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen im Bergbau vor.
<b>12. November 1908</b>	Schlagwetterexplosion auf der Zeche Radbod (Hamm) fordert 348 Menschenleben.
<b>28. Juli 1909</b>	Durch eine weitere Novelle zum preußischen Berggesetz wird die Einführung der Sicherheitsmänner (der späteren Grubenkontrolleure) nach der Radbod-Katastrophe geregelt.
<b>11.-20. März 1912</b>	Dreibundstreik (Alter Verband, ZZP, Gewerkverein Hirsch-Duncker); Niederlage vor allem wegen Nichtbeteiligung ("Streikbruch") des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter.

<b>31. Dezember 1912</b>	Von 866.462 Bergarbeitern in Deutschland sind 114.062 im Alten Verband (12,7 Prozent), 77.967 im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (9,0 Prozent), 50.903 in der polnischen Bergarbeitergewerkschaft (5,9 Prozent) und 3.325 im liberalen Gewerkverein der Bergarbeiter (0,4 Prozent) organisiert; 72 Prozent der Bergarbeiter sind keine Gewerkschaftsmitglieder.
<b>1914 - 1918</b>	Erster Weltkrieg
<b>5. Dezember 1916</b>	Mit dem Hilfsdienstgesetz werden für Betriebe mit mindestens 50 Arbeitern Arbeiterausschüsse verbindlich eingeführt.
<b>18. Oktober 1918</b>	Erste Kollektivverhandlungen zwischen Bergbau-Verein und Bergarbeitergewerkschaften; Anerkennung der Gewerkschaften durch die Bergbauunternehmer; Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau.
<b>9. November 1918</b>	Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Republik.
<b>15. November 1918</b>	Mit dem "Novemberabkommen" begründen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die sozialpartnerschaftliche Regelung ihrer Sozialbeziehungen.
<b>Jan. bis April 1919</b>	Essener Sozialisierungsbewegung, Sozialisierung im Bergbau scheitert; Bürgerkrieg zwischen Freikorpsstruppen und streikenden Bergarbeitern; Gründung der linkskommunistischen Bergarbeiter-Union.
<b>7. April 1919</b>	Vereinbarung über Siebenstundenschicht für Bergarbeiter unter Tage im Ruhrgebiet.
<b>25. Oktober 1919</b>	Erster Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vereinbart; u. a. wird ein tariflicher Mindesturlaub von 3 Tagen festgelegt.
<b>18. Januar 1920</b>	Weimarer Nationalversammlung verabschiedet Betriebsrätegesetz.
<b>13. März bis Mitte April 1920</b>	Generalstreik gegen Kapp-Putsch und blutige Niederschlagung der Roten Ruhrarmee durch Freikorpsstruppen.
<b>23. Juni 1923</b>	Mit dem Reichsknappschaftsgesetz wird die bisherige Zersplitterung des Knappschaftswesens überwunden und die Reichsknappschaft geschaffen.
<b>30. Oktober 1923</b>	Mit der Verordnung über das Schlichtungswesen wird das Instrument der staatlichen Zwangsschlichtung von Tarifkonflikten eingeführt.

<b>2.-30. Mai 1924</b>	Massenaussperrung im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier; Bergbauunternehmer erzwingen faktische Wiedereinführung der Achtstundenschicht unter Tage; Ende der Sozialpartnerschaft.
<b>1924 - 1932</b>	Überwiegend staatliche Zwangsschlichtung der Tarifkonflikte im Bergbau, da die Unternehmerseite auf die Abschaffung des Tarifwesens hinarbeitet.
<b>25. Juni 1926</b>	Mit der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz wird in den Selbstverwaltungsorganen eine 3/5-Mehrheit der Versichertenvertreter eingeführt.
<b>8.-13. Juli 1928</b>	Die Magdeburger Generalversammlung des Alten Verbandes beschließt eine Namensänderung; aus dem "Verband der Bergarbeiter" wird der "Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands".
<b>1930 - 1935</b>	Massenarbeitslosigkeit im Bergbau.
<b>Frühjahr 1931</b>	Die Betriebsratswahlen im Bergbau bestätigen die führende Position des Alten Verbandes (58 Prozent der Mandate) vor dem christlichen Gewerkverein und der kommunistischen RGO mit jeweils 17 Prozent.
<b>31. Dezember 1931</b>	Von 537.507 Bergarbeitern sind 164.188 im Alten Verband (25,3 Prozent) und 86.890 im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (16,2 Prozent) organisiert.
<b>30. Januar 1933</b>	Machtübergabe an die Nationalsozialisten: Hitler wird zum Reichskanzler ernannt.
<b>10./11. März 1933</b>	Besetzung und Verwüstung des Gewerkschaftshauses des Alten Verbandes in Bochum durch die SA.
<b>2. Mai 1933</b>	Zerschlagung des Alten Verbandes durch die Nazis.
<b>Anfang Mai 1933</b>	Heinrich Imbusch, der 1. Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, flieht vor den Nazis ins noch freie Saargebiet.
<b>23. Juni 1933</b>	Gleichschaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
<b>13. Januar 1935</b>	90,7 Prozent der Abstimmungsberechtigten im Saargebiet sprechen sich für die Rückgliederung nach (Nazi-) Deutschland aus; vom 1. März an ist das Saargebiet wieder ein Teil des Deutschen Reiches.
<b>15. April 1935</b>	Fritz Husemann, der ehemalige Vorsitzende des Alten Verbandes, wird im KZ Esterwegen (Emsland) ermordet.
<b>1939 - 1945</b>	Zweiter Weltkrieg

<b>16. Januar 1945</b>	Heinrich Imbusch stirbt nach jahrelanger Flucht vor der Gestapo im Untergrund in Essen an Entkräftung.
<b>16. Januar 1945</b>	Heinrich Imbusch stirbt nach jahrelanger Flucht vor der Gestapo im Untergrund in Essen an Entkräftung.
<b>Frühjahr 1945</b>	Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre beginnen sofort nach der Befreiung mit dem Neuaufbau der Einheitsgewerkschaft und retten die Bergwerke vor dem Absaufen.
<b>8. Mai 1945</b>	Endgültige Kapitulation der deutschen Wehrmacht.
<b>15. Juni 1945</b>	Der Gründungsauftrag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) wird in Berlin veröffentlicht; von Anfang an instrumentalisieren die Kommunisten den FDGB für ihre parteipolitischen Ziele.
<b>Juli 1945</b>	Die britische Besatzungsmacht beschlagnahmt in ihrer Besatzungszone sämtliche Bergwerke und stellt sie unter die Kontrolle der North German Coal Control.
<b>10. April 1946</b>	Der Alliierte Kontrollrat verkündet das Gesetz Nr. 22 über die Rechte der Betriebsräte.
<b>13./14. Juni 1946</b>	Erste Konferenz der IG Bergbau für die Sowjetisch Besetzte Zone in Halle; die IG Bergbau in der SBZ entsteht als abhängige Untergliederung des FDGB; 1963 wird sie in IG Bergbau-Energie umbenannt.
<b>8./9. Dez. 1946</b>	Gründung des Industrieverbandes Bergbau für die britische Zone in Herne; 1. Vorsitzender August Schmidt.
<b>19. November 1947</b>	Einsetzung der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) durch die amerikanische und britische Militärregierung.
<b>6. August 1948</b>	Annahme des Gesetzes über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft durch den NRW-Landtag mit den Stimmen von SPD, KPD, Zentrum gegen die der FDP und eines CDU-Abgeordneten bei Stimmenenthaltung der übrigen CDU.
<b>15. August 1948</b>	Die Militärgouverneure verweigern dem Sozialisierungsgesetz ihre Zustimmung.
<b>26. November 1948</b>	Die Bitterfelder Konferenz des FDGB beschließt die Abschaffung der Betriebsräte und ihre Ersetzung durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL).
<b>28. 11. - 1.12.1948</b>	Auf der Recklinghäuser Generalversammlung, an der auch Delegierte aus der amerikanischen Besatzungszone teilnehmen können, wird der Name in Industriegewerkschaft Bergbau geändert.

<b>26. März 1949</b>	Die Bergarbeiter aus der französischen Besatzungszone schließen sich der IG Bergbau an.
<b>23. Mai 1949</b>	Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.
<b>19. August 1949</b>	Protestkundgebung der IG Bergbau, der IG Metall und der IG Chemie in Gelsenkirchen gegen die Demontage.
<b>7. Oktober 1949</b>	Gründung der DDR; Inkraftsetzung der Verfassung.
<b>12.-14. Okt. 1949</b>	Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
<b>29.11. - 2.12.1950</b>	Die 3. Generalversammlung der IG Bergbau in Hannover beschließt die verbindliche Einführung der Ortsgruppe als unterste Gewerkschaftseinheit.
<b>21. Mai 1951</b>	Gesetz über Montanmitbestimmung tritt in Kraft nach Urabstimmung und Streikandrohung der IG Metall und IG Bergbau.
<b>18. Juli 1952</b>	Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes durch den deutschen Bundestag; der gewerkschaftliche Kampf um qualifizierte Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft ist damit vorerst gescheitert.
<b>16. Januar 1953</b>	Einführung der siebeneinhalbstündigen Schicht im Steinkohlenbergbau unter Tage.
<b>21. Januar 1953</b>	Aufkündigung der Betriebskassierung im Steinkohlenbergbau durch die Unternehmerseite mit Wirkung zum 31. Januar des Jahres; kurzfristige Umstellung von Betriebs- auf Hauskassierung der Gewerkschaftsbeiträge.
<b>22. Januar 1955</b>	Proteststreik von über 800.000 Beschäftigten der Montanindustrie im Ruhrgebiet gegen Angriffe auf die Montanmitbestimmung durch Hermann Reusch (Vorstandsvorsitzender der Gute-Hoffnungshütte Oberhausen).
<b>7. Juni 1956</b>	Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz vom Bundestag verabschiedet; weitgehende Sicherung der Montanmitbestimmung in den Holdinggesellschaften der Montanindustrie.
<b>1. Januar 1957</b>	Politische Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik Deutschland; nachdem in einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 das Statut zur „Europäisierung“ der Saar von 67,7 Prozent der Stimmberechtigten abgelehnt worden war, schlossen Frankreich und Deutschland das Saarabkommen am 27. Oktober 1956; erst am 5. Juli 1959 wurde der wirtschaftliche Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik vollzogen.
<b>22. Februar 1958</b>	Erste Feierschichten wegen Absatzmangels; Beginn der Kohlenkrise.

<b>1. Mai 1959</b>	Einführung der 5-Tage-Woche im Steinkohlenbergbau an der Ruhr bei Rückkehr zur achtstündigen Schicht.
<b>26. Sept. 1959</b>	60.000 Bergarbeiter demonstrieren in Bonn unter dem Motto "Sicherheit statt Chaos".
<b>3.-8. Juli 1960</b>	Die 7. Generalversammlung der IGB beschließt Umbenennung in Industriegewerkschaft Bergbau und Energie; aus der Verbandszeitung "Die Bergbau-Industrie" wird die "einheit".
<b>13.-18. Sept. 1964</b>	Der 8. Gewerkschaftskongress der IGBE in Wiesbaden fordert die Neuordnung des deutschen Steinkohlenbergbaus, wobei die Eigentumsfrage nicht vorrangig behandelt werden sollte.
<b>13. August 1965</b>	Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken (1. Verstromungsgesetz).
<b>24. April 1966</b>	Gewerkschaft christlicher Berg- und Energiearbeiter im Saarland beschließt Anschluss an IGBE; Einheitsgewerkschaft an der Saar vollendet.
<b>30. Juni 1966</b>	Gesetz zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft (2. Verstromungsgesetz).
<b>16. Dezember 1966</b>	IGBE veröffentlicht ihren Gesetzesentwurf über die Gründung einer Einheitsgesellschaft für den Ruhrbergbau.
<b>15. Mai 1968</b>	Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete tritt in Kraft.
<b>27. November 1968</b>	Gründung der Ruhrkohle AG (RAG).
<b>28. Juli 1969</b>	Durch Gesetz wird die Bundesknappschaft als Träger der Knappschaftsversicherung errichtet nachdem bis dahin die Bezirksknappschaften auf der Grundlage des Knappschaftsversicherungs-Anpassungsgesetzes vom 30.07.1949 diese Aufgabe wahrgenommen hatten.
<b>28. November 1969</b>	Abschluss des Hüttenvertrages zwischen RAG und Stahlunternehmen; Liefergarantie von Koks und Kokskohlen zum Wettbewerbspreis bis zum Jahre 1988.
<b>5. Dezember 1969</b>	Bundeskabinett beschließt Beihilfenregelung (Kokskohlenbeihilfe) für die Lieferung von Kokskohle an die Eisen- und Stahlindustrie im Rahmen des Hüttenvertrages.
<b>13. Dezember 1971</b>	Verabschiedung der Richtlinien über ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus und des Braunkohlenbergbaus.
<b>13. Dezember 1974</b>	Verabschiedung des 3. Verstromungsgesetzes; Einführung des Kohlepfennigs.

<b>18. März 1976</b>	Der Deutsche Bundestag verabschiedet bei 22 Neinstimmen (1 SPD, 21 CDU/CSU) das Mitbestimmungsgesetz; es verbessert die Vertretung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der meisten Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten; die paritätische Mitbestimmung ist aber am Widerstand der mitregierenden FDP gescheitert.
<b>23. April 1980</b>	Kohle-Strom-Vertrag (Jahrhundertvertrag) mit einer Laufzeit von 15 Jahren zwischen Elektrizitätswirtschaft und Bergbau unterzeichnet.
<b>3. Dezember 1982</b>	Die 1. Kohlerunde in Bonn beschließt Verringerung der Steinkohlenförderung und sozialverträglichen Belegschaftsabbau durch Verlängerung der Anpassungsgeldregelung bis 1989.
<b>10. Oktober 1983</b>	Die 2. Kohlerunde vereinbart als neues sozialpolitisches Instrument die Anpassungsschichten, um den notwendig gewordenen beschleunigten Abbau der Belegschaften sozialverträglich zu gestalten; insgesamt Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen.
<b>23. Dezember 1985</b>	Neuabschluss des ansonsten 1988 auslaufenden Hüttenvertrages bis zum 31.12. 2000.
<b>11. Dezember 1987</b>	In der 3. Kohlerunde wird eine weitere Rücknahme der Förderkapazitäten von 13-15 Millionen Tonnen Steinkohle und der sozialverträgliche Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen vereinbart; Verlängerung der Anpassungsgeldregelung bis 1994.
<b>24. August 1989</b>	Bundeskanzler Kohl und die Ministerpräsidenten Rau (NRW) und Lafontaine (Saarland) verständigen sich auf die Fortsetzung des Jahrhundertvertrages mit einer Verstromungsmenge von 40,9 Mio. t/a; Berufung der Mikat-Kommission als Beratungsgremium zur Weiterentwicklung der Kohlepolitik.
<b>9. September 1989</b>	Große Festveranstaltung in der Westfalenhalle in Dortmund zum 100-jährigen Bestehen der IGBE.
<b>9. November 1989</b>	Öffnung der Berliner Mauer; das Tor zur deutschen Einheit ist aufgestoßen.
<b>10. März 1990</b>	Neugründung der Industriegewerkschaft Wismut in Crossen bei Chemnitz.
<b>5.-7. April 1990</b>	Neugründung der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft in Bernau bei Berlin.
<b>18. Juni 1990</b>	Verabschiedung der "Berliner Erklärung" der Hauptvorstände der IGBE, IGBEW und IG Wismut; der Weg zur Einheitsgewerkschaft in ganz Deutschland ist damit abgesteckt.
<b>3. Oktober 1990</b>	Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

<b>1. November 1990</b>	Nach der vereinbarten Selbstauflösung der IGBEW und der IG Wismut in der ehemaligen DDR ist die IGBE die Einheitsgewerkschaft im vereinten Deutschland.
<b>7.-11. Mai 1991</b>	Erster gesamtdeutscher Kongress der IGBE.
<b>11. November 1991</b>	In der 4. Kohlerunde seit 1982 wird ein Kohle-Gesamtkonzept verabredet, das 50 Mio. t/a subventionierten Absatz bis 2005 vorsieht; rund 40.000 Arbeitsplätze in der Steinkohle sollen sozialverträglich abgebaut werden.
<b>Anfang Dez. 1991</b>	Die Geschäftsführenden Vorstände der IGBE und der IG Chemie-Papier-Keramik (IGCPK) geben ihre Absicht bekannt, eine Kooperation und schließlich Fusion der beiden Gewerkschaften einzuleiten.
<b>31. Dezember 1991</b>	In der IGBE sind insgesamt 506.657 Arbeitnehmer organisiert, davon 313.198 (Organisationsgrad 91,1 Prozent) in Westdeutschland und 193.459 (Organisationsgrad 73,8 Prozent) in Ostdeutschland.
<b>28. Februar 1992</b>	40.000 Menschen demonstrieren in Hoyerswerda für die Zukunft der ostdeutschen Braunkohle.
<b>März 1992</b>	Die Hauptvorstände der IGBE und der IGCPK verabschieden das "Energiepolitische Rahmenkonzept" und die "Energiepolitischen Leitsätze" als wesentliche programmatische Grundlage der beabsichtigten Kooperation und schließlich zu vollziehenden Fusion.
<b>4. Mai 1992</b>	Die Hauptvorstände der IGBE und der IGCPK verabschieden in der ersten gemeinsamen Sitzung das Kooperationsabkommen, das die Schritte zum Zusammenwachsen der Gewerkschaften festlegt.
<b>5. Juni 1992</b>	In Leipzig fordern 20.000 Demonstranten Vorfahrt für die Braunkohleverstromung.
<b>29. April 1993</b>	100.000 Bergleute demonstrieren in Bochum für den Bestand der Zusagen aus der Kohlerunde von 1991; Wirtschaftsminister Rexrodt sagt Umsetzung zu.
<b>1. Juni 1993</b>	Die Gewerkschaft Leder tritt dem Kooperationsabkommen von IGBE und IGCPK bei.
<b>20. November 1993</b>	Die Hauptvorstände der IGBE, der IGCPK und der Gewerkschaft Leder gründen die Kartellgewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie als rechtliches Fundament der 1997 folgenden Mitgliederorganisation.

<b>März 1994</b>	Bei den turnusmäßigen Betriebsratswahlen erreicht die IGBE bei einer Wahlbeteiligung von 75,9 Prozent genau 91,7 Prozent der Mandate in ihrem Organisationsbereich.
<b>24.-28. Sept. 1995</b>	Der 16. ordentliche Gewerkschaftskongress der IGBE beschließt die Fusion mit der IGCPK und der Gewerkschaft Leder.
<b>22. November 1995</b>	In Washington vereinigen sich der Internationale Bergarbeiterverband (IBV) und die Internationale Föderation der Chemie-, Energie- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEF) zur Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM); sie vertritt 20 Millionen Arbeitnehmer aus 403 Gewerkschaften in 113 Ländern; der IGBE-Vorsitzende Hans Berger wird einstimmig zum Präsidenten gewählt.
<b>3./4. Juni 1996</b>	Satzungskongress der drei Fusionsgewerkschaften in Bonn; IGBE und IGCPK stellen jeweils 200 Delegierte, die Gewerkschaft Leder 25; die IG-BCE-Satzung wird bei nur zwei Gegenstimmen angenommen.
<b>15. Juni 1996</b>	An der DGB-Kundgebung in Bonn "Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit", an der 250.000 Menschen teilnehmen, beteiligen sich allein 60.000 IGBE-Mitglieder.
<b>14. Februar 1997</b>	220.000 Menschen demonstrieren mit dem von der IGBE organisierten 93,1 km langen "Band der Solidarität" für die Zukunft des Bergbaus und des Ruhrreviers.
<b>13. März 1997</b>	Nach machtvollen Demonstrationen der Bergleute in Bonn wird ein Kohlekompromiss erreicht, der betriebsbedingte Kündigungen verhindert; bis 2005 müssen 48.000 Arbeitsplätze in der Steinkohle abgebaut und die Förderung auf 30 Mio. t/a zurückgenommen werden.
<b>6.-10. Okt. 1997</b>	Erster ordentlicher Gewerkschaftskongress der IG BCE in Hannover.
<b>9. Oktober 1997</b>	Außerordentlicher Gewerkschaftskongress der IGBE zur Fassung des Auflösungsbeschlusses.

*zusammengestellt von Wolfgang Jäger, IG BCE*